



Volker Schnurrbusch zur fehlenden Abschussgenehmigung für den Problemwolf in Ostholstein:

„Wir wollen die Abschussgenehmigung für Problemwölfe ausweiten“

Kiel, 18. November 2019 **Der Problemwolf GW924m hat sein Jagdrevier mittlerweile von Pinneberg nach Ostholstein verlegt. Umweltminister Jan Philipp Albrecht (GRÜNE) verwehrt jedoch Ostholstein eine gleichwertige Abschussgenehmigung, wie sie für Pinneberg und Segeberg erteilt wurde. Volker Schnurrbusch, umwelt- und agrarpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, erklärt dazu:**

„Damit Bürger und Weidetierhalter in Schleswig-Holstein vor Wölfen mit Fehlverhalten geschützt werden können, muss der Wolf als ganzjährig geschützte Art ins Jagdrecht aufgenommen werden, so, wie es die AfD-Fraktion bereits am 23. August 2018 beantragt hat. Denn nur so ist gesichert, dass Jäger die nach wissenschaftlichen Kriterien als Problemwölfe erkannten Tiere sach- und fachgerecht entnehmen können.

Umweltminister Jan-Philipp Albrecht (GRÜNE) zeigt sich jedoch weiterhin mutlos und unentschlossen. Denn nicht nur sind die von ihm an der Westküste genehmigten Maßnahmen offensichtlich wirkungslos geblieben, er verweigert den Weidetierhaltern in Ostholstein die dringend gebotene zügige Genehmigung für den Abschuss des Problemwolfs.

Jamaika muss sich endlich von der Willkommenskultur für den Wolf verabschieden und stattdessen unmissverständlich klarmachen, dass die Landesregierung an der Seite der Schleswig-Holsteiner, Tierhalter und Jäger steht. Schleswig-Holstein braucht die jagdrechtlich gesicherte Möglichkeit, Problemwölfe zu schießen – und zwar im ganzen Land.“

Weitere Informationen:

- **AfD-Antrag** „Mensch und Tier vor Problemwölfen schützen“ DS 19/890:
<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl19/drucks/00800/drucksache-19-00890.pdf>